

Vertagung des USA-Bankrotts und der demaskierte Kapitalismus

von Gerd Elvers

Mene, mene tekel

Haarscharf schrammt Amerika mal wieder an seiner Staatspleite vorbei und die Welt an einer Krise, die es in sich hätte. Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Für einige Monate schöpft das Kapital etwas Atem, dann erneut das alte Problem. Eine unsichtbare Hand schreibt wie zu Belzasars Zeiten in roter Schrift an die Wand: „Mene, mene tekel u-parsin“. Seit dem Propheten Daniel steht das Menetekel für ein drohendes Unheil, das letztlich nicht abzuwenden ist. Daniel erklärt Belzasar, warum es so ist: „Du hast dem silbernen, goldenen, ehernen Götzen gehuldigt, der weder sehen, noch hören, noch fühlen kann“. Wer denkt da nicht an die „unsichtbare Pranke des Liberalismus“ eines Adam Smith? Folgerichtig gibt es etliche Nachfolger von Daniel; die Weltbank, die Europäische Union, die Börse, die zeitweise in eine Schockstarre geraten war, ein Schock, der die ganze Welt treffen würde. Die überwunden geglaubte Weltkrise kehrt zurück.

Rembrandt van Rijn



Die Schuld an diesem Debakel wird der alten Tea-Party und der Heritage Foundation, der neuen ideologischen Sperrspitze unter der Leitung von Jim DeMint, in die Schuhe geschoben. Ihre Indolenz gegenüber der Staatspflicht habe es soweit kommen lassen, dass sie die Rückstellung von MediCare – von den Republikanern verächtlich ObamaCare genannt - mit der republikanischen Zustimmung zum Haushalt und Ausweitung der Schuldengrenze im Repräsentantenhaus erpressen will. Man tut der Tea-Party Unrecht. Sie folgt der Logik der Zahlen: ein weiteres Anhäufen des Schuldendienstes über 17 Billionen Dollar hinaus zehrt immer mehr an die Fähigkeit von selbstgestaltender Politik in den USA. Die Demokraten rennen in ihrem keynesianischen Eifer, immer mehr Geld in die Wirtschaft zu pumpen, immer tiefer in eine Sackgasse, während die rüstungsgeilen Republikaner ebenfalls ein Teil der Überschuldung sind, aus der es kein Entkommen gibt. Ab 2020 lassen sich weder die Lebensmittelhilfen für arme Amerikaner (Food Stamps) noch eine weltweit operierende Armee mehr finanzieren.

Auch der kulturelle Schock ist groß. Mit dem „Government Shutdown“ wurde unter anderem der Arlington-Friedhofs in Washington, die heiligste Erde der USA, wo die Helden begraben sind und das Lincoln Memorial, mangels Personal geschlossen. Der heilige Schrein des Präsidenten der Einheit war nicht mehr zugänglich, was seine Logik hat, wenn die politische Klasse die Einheit der Nation verspielt. Selbst die Existenz der US-Post (US Mail), die älteste und wirksamste Klammer auf Bundesebene, die mit den Drug-Stores dem Mythos Going West Farbe verlieh, war gefährdet. The Postman always rings twice?

Schon lange geht es nicht nur um ökonomische Krisenbewältigung. Gewichtige Teile der kulturellen Identität fallen der Strichliste zum Opfer. Fragt sich, ob der amerikanischen Isolationismus nach dem 1. Weltkrieg sich wiederbelebt und das klassische imperialistische Gehabe einen Dämpfer erhält oder – wie Jeremy Scahill in seinem Buch über die schmutzigen Kriege von Bush bis zu Obama meint (1) - , den USA weiterhin die ganze Welt als Schlachtfeld dient, nur in kleineren schmutzigen Aktionen: rationeller, billiger und das Budget weniger belastend.

Die Eroberung des Staates durch den Kapitalismus als Ursache der Krise

Finanzkrise, Haushaltskrise, Euro-Krise, Weltkrise haben ihre letzte Ursache in der totalen Hegemonie des Kapitals gegenüber der Politik. Nicht nur im Sinne der alten marxistischen

Theorien, verfeinert durch Engels, Lenin und den sogenannten „Marxisten“, wie es Reinhold Stamm in scharf-links als ersten Reaktion auf das Wahlergebnis formuliert: „Merkels Staatspartei der Finanz- und Monopolbourgeoisie“ (2). Es ist richtig, dass „ein Netz wechselseitiger organisatorischer, personeller, politischer und ideologischer Verbindungen zwischen Unternehmer- und Industrieverbände, Staat und bürgerlichen Parteien hilft, diese Interessen durchzusetzen“. Das trifft auch auf die USA zu. Ergänzend kann man für Deutschland als neues Phänomen hinzu fügen, dass es sich nicht um Gleichberechtigte in den Knotenpunkten des Netzes handelt, sondern dass sich die frühere Distanz, die partiell noch zwischen politischer Klasse und Kapital bestand, wo der rheinische Kapitalismus das Gemeinwohl partiell im Auge hatte, nun aufgehoben ist. Politik und Kapital sind identisch geworden, weil der überwiegende Teil der Politik in kapitalistische Kategorien denkt, im kapitalistischen Systemdenken in einer Weise verankert ist, dass es ihm das Bewusstsein dessen abhandeln gekommen ist. Stattdessen stilisiert er Scheingefechte zwischen neoliberal oder keynesianisch zu entscheidenden Kampffronten, obwohl beide Instrumente unter kapitalistischen Vorzeichen firmieren.

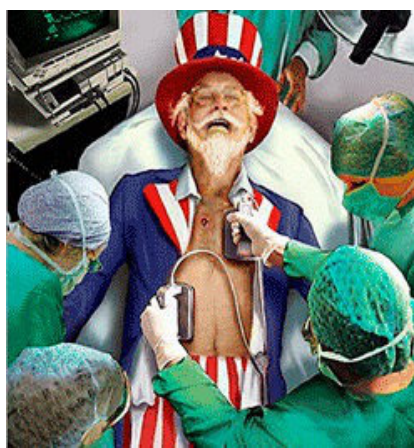
Chronisch unterfinanzierter Staat gefährdet kapitalistisches System

Der Sieg des Kapitals hat zur Folge, dass der Staat chronisch unterfinanziert ist. Dem armen Staat steht das reiche Kapital gegenüber, wie noch nie in der Geschichte. Weil der Staat sich in der Vergangenheit nicht vom Kapital das Geld holte, das er zur Finanzierung seiner Aufgaben brauchte, ging er den „einfacheren“ Weg in Koordination mit der Notenbank der Staatsanleihen und häufte Schulden um Schulden an, auch um nach dem keynesianischen Credo durch ein uferloses Floaten der Finanzwelt die Krise zu bewältigen, die von der Finanz- zur realen Welt überschwappte. Statt die exorbitanten Profite der Finanzwirtschaft abzuschöpfen um den Spekulanten das Spielgeld für die Kreditblasen einzuengen, wird der Zocker-Raum weiter aufgebläht.

Die Anhäufung von Schulden ohne Umkehr nährt die Finanzkrise. Wenn Schulden nicht mehr zurückgezahlt werden, ist der totale Staatsbankrott gewiss. Es geht nur noch um das Wann aber nicht mehr um das Ob. Das Vertrauen an den Kapitalismus bröckelt. Die bisherige Fiktion, dass das kapitalistische System sich selber abschafft, wird zur möglichen Vision, begleitet vom Fußtritt der Zivilgesellschaft, was auf Revolutionäres herauslaufen kann. Für das Kapital ist die Lage vertrackt: Mit einer Ausweitung der Schuldengrenzen ist diese kurzfristige Entlastung nur ein weiterer Schritt in den Abgrund. Wenn Schulden und Tilgung einen immer größeren Anteil des Budgets aufessen, bleibt immer weniger für operative Politik übrig. In dieser kritischen Situation liegt es in der Logik der kapitalistischen Politikklasse (vor allem in den USA), auf der Ausgabeseite zu kürzen, bei der Gesundheit, den Renten, der Armenküchen, der Verkehrs-Infrastruktur unter Aussparung der Rüstung. Aber es kämen nicht die nötigen Mittel zusammen, um das Loch zu stopfen, wenn man nicht an die Rüstung heran geht. Der bisherige Kapitalismus ist am Ende in dem Augenblick, wo er seinen vollen Triumph genießen will.

Vom amerikanischen Schuldenberg von über 17 Billionen Dollar insgesamt entfallen 6 Milliarden auf Staatsanleihen. Auf die eigene Notenbank ein Drittel, auf China, Japan und den Rest der Welt zu gleichen Teilen die übrigen zwei Drittel, der große Reist auf Private in ihrem Portefeuille. Auf

die Weltwirtschaft lastet die Angst vor dem möglichen Ausfall von Tilgung und Zinsbedienung. Was geschieht mit der Wirtschaft in China und Japan, wenn ihre Green Bugs von je über eine Billion Dollar erheblich an Wert verlieren? Seit 2008 haben sich



die amerikanischen Schulden verdoppelt. Bei der Fortsetzung der Pokerrunde von Präsident Obama mit der Tea Party und Heritage-Foundation, bis zur nächsten Schuldengrenze zu Beginn 2014, im Glauben, die besseren Karten in der Hand zu haben, wird der Kapitalismus mehr und mehr entblößt. Aus dem Shut-Down wird ein Show-Down, ein Striptease, bei dem die Beteiligten ihre Hosen und Röcke herunter lassen müssen.

Verinnerlichung des Kapitalismus durch die Politikerklasse

Die Politikklasse empfindet sich nicht als Büttel des Kapitals, weil sie selber das Kapital verinnerlicht hat. Und mit ihr große Wählerschichten, wie die deutschen Wahlen dokumentieren. Wer sich nicht mehr bewusst ist, in welchem System er lebt, nimmt es nicht mehr wahr. Ohne Distanz zum kapitalistischen System ist man blind geworden. Es hat sich unsichtbar gemacht, als hätte es eine Tarnkappe über sich geworfen. Es ist keine opportunistische Prinzipienlosigkeit, wenn SPD-Chef Gabriel ohne Bauchschmerzen in den Vorgesprächen mit den Konservativen locker auf sein Wahlkampfversprechen der Steuererhöhungen verzichtet. Er war selber nicht davon überzeugt, den Kapitalisten auf die Füße zu treten. Die Grünen fallen über den armen Trittin her, weil dieser verantwortlich dafür zeichnete, neben der Energiewende die soziale Gerechtigkeit thematisiert zu haben. Nur kurzzeitig hat Finanzminister Schäuble Steuererhöhungen ins Kalkül gezogen, um die Schulden zu verringern. Das Hin und Her um Steuererhöhungen offenbart, wie die Politikerkaste in rauher See am Steuerrad hin und her zerren und letztlich einen kapitalfreundlichen Kurs steuern, die Einigungsbasis für die neue Bundesregierung. Nur die Linke steckte ihre Nase immer in die richtige Richtung. Das soll ihr einer mal nachmachen: Über erhebliche Verluste an Wählerstimmen zur drittstärksten Partei aufgestiegen. Sie argumentiert wie der bayerische Chef der Freien Wähler Hugo Aiwanger: Wir haben in schwerer See das Schiff auf Kurs gehalten. Was sie meint: Sie hat über das vom Wähler blau geschlagenes Auge ein kühlendes Tuch der Selbstlüge gelegt.

Ausblendung des großen politischen Kontexts im Wahlkampf der Linken

Neben den Politikern haben große Teile der Wähler den Kapitalismus aus dem Auge verloren, obwohl sie unter dessen Auswirkungen wie prekäre Arbeitsplätze, niedrige Renten, eine diffuse Angst um ihre Zukunft im Marktradikalismus leiden. Eine Entfremdung großen Ausmaßes. Der Bundessprecherrat der AK in der Linken hat in scharf-links am 27. September eine Analyse der Wählerströme versucht: „Konservativer Triumph – sozialdemokratische Tristesse – und die Linke atmet noch“. Um Wanderungsbewegungen auf den Grund zu gehen, kann man verschiedene Methoden verwenden. Z. B. bei der Analyse der Linkspartei die Herangehensweise über soziologische Schichtenstrukturen – nach dem Alter, nach der ökonomischen Stellung: obere, mittlere, untere Einkommensschichten, geteilt auf Ost und West, mittlere Euro-Skeptiker, alte Traditionalisten. Oder eine dynamische Form der Shift-Analyse, die die volatile Veränderung von Wählerpräferenzen im Auge hat: Junge, die die Linke als Protestpartei nicht erreicht, im Osten ungeliebte Wessi-Wilde, die sich widerwillig zur Wahlurne schleppen, volatile Hartz-Vier-Empfänger, die - für 4 Jahre bei den Linken geparkt – nun zur CDU oder zu der rechten Alternative für Deutschland abwandern, oder die stimmlosen ohnmächtigen und ausgegrenzten a-politische Abstinenzler, die die Linke nicht zur Wahlurne mobilisieren kann, weil ihr das Provokative abhanden gekommen ist.

Nach einem Artikel in der Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft verdi (3) „Ein Drittel blieb der Urne fern“, teilen sich die „realen“ Stimmen der Bundestagswahl zu einem Drittel in Nichtwähler auf, zu einem Drittel in linke Gruppierungen sowie zu einem Drittel in Rechte. Nach der Wahlarithmetik wäre der Kanzlerin fast die absolute Mehrheit beschert worden, weil die Stimmen für FDP und die Alternative für Deutschland knapp bei knapp 10 Prozent unter den Tisch fielen. Jedes Wahlsystem hat seine Mängel, ob das britische, das repräsentative oder das präsidentiale. Interessanter ist die Frage: Kann man die Nichtwähler als antikapitalistischen Block bezeichnen?

Verdi meint, dass wer nicht sein Wahlrecht nutzt, nicht die Hauptregel dieser Demokratie und ihrer Repräsentanten akzeptiert, aus welchen Gründen auch immer.

Schwankungen der Wählerstimmen Ausfluss des postmodernen kapitalistischen Geistes

Die Bindungen zu Parteien, zu gewerkschaftlichen Organisationen, zu alten Institutionen wie der Familie schwächeln. Der postmoderne Zeitgeist ist geprägt vom Glauben an Wahlmöglichkeiten, ständiger Flexibilität, Emanzipation des Ichs, um maximale Selbstverwirklichung zu gewinnen. In diesem Prozess spiegelt sich die reale Alltagswelt wider, die prekären Arbeitsverhältnisse, Das Muss zur Bereitschaft zum raschen Arbeitsplatzwechsel, die das Kapital erzwingt, die Auflösung der traditionellen familiären Bindungen in Patchwork-Strukturen. Neben der Schicht- und Shift-Analysen kann man - drittens - die Einteilung nach Klassen anwenden, um zu erkennen, dass die gesellschaftliche Politikquote nicht bei 102 zu 100 Bundestagsmandaten steht sondern bei 80 zu 20, wenn man zwischen Kapital-Verführten und Kapitalprofiteuren unterscheidet.

Egal ob Schicht-, Shift- oder marxistische Analyse – man kommt zum gleichen Ergebnis. Die Linkspartei hat ihr antikapitalistisches Potential nicht ausgeschöpft, aus Furcht, dass die Benennung des Systems mit seinem Namen Unpolitische abschrecken könnte und der Partei mehr Wählerstimmen kosten würde, als sie auf der anderen Seite mit einer klaren antikapitalistischen Botschaft gewinnen könnte. Den Kapitalismus beim Namen zu nennen, dient in den Köpfen der Linken immer noch als Bürgerschreck. Der Drang, als „normale“ Partei endlich in der BRD anzukommen, ist in der überschwänglichen Freude auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über Genossen Reventlow wieder deutlich geworden, der – aufgepasst! - schon ab 1997 als Funktionär bei der Gewerkschaft HBV überwacht wurde, auch in der Zeit als er Vorsitzender von verdi in Thüringen war. Fragt sich, was die Gewerkschaft verdi von der Bespitzelung eines ihrer Funktionäre hält. Vor dem kapitalistischen Zeitgeist zu kuschen, hat sich noch nie ausgezahlt. Spiegel berichtet, dass die Kommunistische Plattform, die Sozialistische Linke und die Antikapitalistische Linke in der Linkspartei weiter ausspioniert werden. Die juristische Exkulpation Reventlows als einen wahren Verteidiger der demokratischen Grundordnung dient der Stigmatisierung derer, die mit einer anderen Biographie ausgestattet sind, die keine gläubigen Katholiken sind oder führende Gewerkschafter in der alten BRD waren.

Zurück zu den USA:

Konfrontiert mit dem Szenarium eines schwächelnden Imperiums macht sich Bundespräsident Gauck zum Tag der Deutschen Einheit Gedanken, wie die durch den Abzug der Bundeswehr frei gewordenen militärischen Kapazitäten in Zukunft weiterhin weltweit zur Entlastung des Imperiums eingesetzt werden können. Sein Einlass war wohl als Replik gegen kriegsmüde Deutsche gedacht, denen „Bild am Sonntag“ eine Stimme mit der Titelfrage gab: „Waren diese 10 Jahre Krieg eigentlich nötig?“ Gauck will dem angeschlagenen Partner zur Seite gehen, neben Japan, das seine bisherige Zurückhaltung in der Rüstung aufgeben will, mit Blick auf China.

Big Data – Instrument des schmutzigen Krieges des schwächelnden Imperiums

Neben der militärischen Entlastung durch seine Verbündete will die USA sich neue rationale Rüstungsräume schaffen. Während in der linken Szene noch vor zehn Jahren über einen neuen Anlauf der US-Welthegemonie phantasiert wurde, schwächelte schon das unipolare geopolitische System. China meldet immer deutlicher seinen Anspruch an, seine ökonomischen Potentiale infrastrukturell und militärisch weltweit abzusichern. Mit dem Bau eines zweiten – von den USA unabhängigen Suez-Kanals - in Nicaragua und der Errichtung eines riesigen Container-Hafens südlich von Havanna stärkt China seine Präsenz in den südlichen „Weichteilen“ der USA. In der chinesischen Form der Containment-Politik gegenüber den USA (Eindämmung) stützt es indirekt den „Sozialismus des XXI. Jahrhunderts Lateinamerikas“ gegen die „Yanquis“. Auch im

„südchinesischen Meer“, das in der Namensgebung schon den Anspruchs der neuen Hegemonialmacht gegenüber den dortigen Anrainerstaaten offen legt, wächst der chinesische Einfluss. Obama ist in der Heimatfront so stark gebunden, dass er den Anrainerstaaten bei dem Treffen in Indonesien keine persönliche Unterstützung geben kann. Seine mit großem Getöse proklamierte Neuorientierung der Außenpolitik – weg von Europa und dem Nahen Osten, hin zu Asien – scheint schon wieder beerdigt zu sein.

Eine erfolgreiche Strategie des „schmutzigen Krieges“ ist auf die Perfektionierung der Spionage, des Aushorchens, des weltweiten Sammelns von Informationen auf der Basis der modernen Technologie angewiesen. Nach der Entlarvung der Machenschaften der NSA mit ihren Meta-Daten kam es in Deutschland mit wenigen Ausnahmen nicht zu einem Aufschrei der Parteien und der politischen Eliten gegen die Verletzung deutscher Grundrechte. Wäre Big Data ein zentrales Wahlkampfthema geworden, hätte über dieses Vehikel das Wahlvolk mobilisiert werden können – trotz der Schwäche der Piratenpartei. Merkel wusste von Anfang an, dass ihre Geheimdienste aufs engste mit den Amerikanern kooperierten. Die Auslieferung der eigenen Bürger an eine fremde Macht ist für die Kanzlerin eine Amtspflichtverletzung, die ihren Eid auf die Verfassung geleistet hat. Die Justiz, die großbürgerlichen Kommentatoren und Teile der politischen Intelligenz – soweit sie in Deutschland noch existiert - prangerten das Verhalten der Kanzlerin aber nicht etwa als Verletzung ihrer Amtspflicht an, sondern erschöpften sich in allgemeinen philosophischen Traktaten über das Verhältnis von Individuum und Masse, das die neuen Aushorch-Techniken bewirkt hätten:

„Du kannst nicht mehr untertauchen“,

meint Jörg Häntzschel (4). Die Masse dient nicht mehr als Versteck. Uncle Sam findet auch dich: Mit Hilfe der deutschen Merkel-Dienste fischt er dich aus Milliarden von Messages mit wenigen Stichwörtern heraus, wenn du in linken Postillen über Revolution, Sozialismus, El Che, Imperium schreibst. Das System schafft sich ein digitales Schattenbild von dir, gefiltert, manipuliert und „kuratiert“. Gegen deinen Willen „vorsorglich betreut“, kannst du auf die Liste der Verdächtigen im Esta-System des amerikanischen Heimatministerium gestellt werden, dem elektronischen System für Reisegenehmigungen der USA, obwohl du keinen Wert auf eine Reise in die USA legst. Die Folge: Kommt es zu einer negativen Abgleichung deines Schattenbildes in Esta, wird dir ein Direktflug von Frankfurt nach Kuba, Kanada oder Mexiko von einer deutschen Fluggesellschaft (Lufthansa, Condor) verweigert, obwohl du kein US-Territorium berührst. Derartige phishing-attacks – gesponsert aus dem Merkel'schen Bundeskanzleramt im Gefolge eines einschüchternden Social Engineerings der Vereinigten Staaten - hebt gleich mehrere deutsche Grundrechte aus: Würde des Menschen, Unversehrtheit der Wohnung, Meinungsfreiheit im Kommunikationsnetz, Freizügigkeit. Warum kommt es nicht zu einer nationalen Empörung? Eine Antwort gibt die

Mediale Individualisierung als kapitalistischer Prozess.

Die mediale Individualisierung ist ein Merkmal der kapitalistischen Postmoderne. Sie liege gleichsam im gesellschaftspolitischen Trend, meinen viele Publizisten. Die Politik folge den Vorgaben der Wirtschaft auf ihrer gezielten Suche nach den passenden Kunden. Früher erreichten Politiker den Einzelnen über die Massen auf der Straße und den Massenmedien, heute führe der Weg zu Mehrheiten über das Individuum. Präsident Obama hat als „Community-Organizer“ mit seinen Helfern im Wahlkampf über die modernen Medien durch gezielte Ansprachen an die für seine Programme offenen Individuen seine Wahlen gewonnen. Auf der Graswurzel-Ebene sprach er ihre Bedürfnisse an. Er kopierte die moderne Kunst der manipulativen Kundenpflege durch die Wirtschaft für seine Politik: Making President durch Ausspionage der potentiellen Wähler. Es braucht kein Kollektiv der Straße oder der veröffentlichter Meinung mehr. Aus den vorgegebenen geistigen Strömungen in der Zivilgesellschaft pickt sich der Kandidat seine Stimmen heraus. Was kann daran schlecht sein, werden sich viele denken? Wer nichts zu verbergen hat, braucht

nichts zu befürchten. Flugs steht in Michel Serres der erste für die philosophische Legitimierung bereit (4). „The big brother is watching you“, kann für Einsame einen Trost bedeuten. Man ist nicht mehr allein, es kümmert sich jemand um dich! Ähnliche anheimelnde Atmosphäre soll die Stasi verbreitet haben. Zwischen Observer und dem Observierten besteht eine „symmetrische Zirkulation“. An Stelle des Kollektivs tritt das „Konnektiv“. Die Quote im Fernsehprogramm bricht Machtstrukturen in der Kommunikationswelt auf. Ein Kotzbrocken wie Thomas Gottschalk muss sein durchgesessenes Sofa in „Wetten, dass...“ räumen. Der unsympathische dicke, bayerische Kommissar in „Die Rosenheim-Cops“ wird durch anonyme Umfragen aus dem Fernseh-Programm gekegelt. Wo liegt also das Problem?

„Normales Wirtschaften“ an Stelle des Kapitalismus

In Deutschland geht es zu wie in den USA. Nichts steht dem Ausgeliefertsein an die „Wirtschaft“ und somit an ihre kulturelle Überhöhung entgegen. Ein neutrales Verständnis für die Wirtschaft steht an Stelle des Begriffs Kapitalismus für die, die das kapitalimmanente Denken pflegen. Ein scheinbares Paradoxon: Man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Deutschland hat in diesem Punkt mit den USA gleichgezogen. Seitdem die politischen Bildungseinrichtungen der Gewerkschaften und der SPD schon vor Jahrzehnten linkskritische Inhalte aus dem Verkehr gezogen haben, hat sich im deutschen politischen Bewusstsein ein Paradigmenwechsel in Richtung des Berlusconi- Italiens vollzogen.

Der Staat als Garant von Gemeinwohl-Zielen hat ausgedient, weil es das Kapital schon richten wird. Aber nicht ganz. Soviel hat das europäische sozialistische Erbe doch noch eine ferne Erinnerung an solidarische Verheißungen als Alternative hinterlassen, die beunruhigt. Die Lage heute: Ohne das Unwort Kapitalismus keine alarmierende Stimmung, es bleibt alles im Rahmen der Normalität von Wirtschaft und Politik, in ihrer neutralen Ordnung, in ihren gerechten Regeln und Moral. Mag man sich im fernen Griechenland die Köpfe einschlagen und Tausende von ertrunkenen Flüchtlingen an den Küsten des europäischen Mittelmeers anschwemmen, das Markenzeichen Deutschlands ist die offen zur Schau getragene Gelassenheit der Politiker, des größten Teils der Opposition, des Wahlvolkes. Nichts soll die augenblickliche Wohlgefühl-Gesellschaft stören, auch kein Rechtsradikalismus, der von den Wählern unter der statistischen Größe „Sonstiges“ abgeschmettert wurde und dessen momentaner Abschied aus der Politik keinen Kommentar mehr Wert ist. Der Kapitalismus herrscht uneingeschränkt. Nicht allein durch seine manipulative Herrschaft in den Betrieben, wie der Theoretiker des Möglichen Karl Marx zweifelnd gegen seine eigene Theorie des siegreichen Proletariats in Erwähnung zog. Ebenso wirkungsmächtig sind die kulturellen Einflüsse einer durch die Wirtschaft bestimmten Politik bis in die Denkmuster der Einzelnen.

Die schrillen und die leisen Strippenzieher

Der Kapitalismus pflegt sein Verborgenes durch seine stillen Milliardär-Kapitalisten. Marxisten haben ihre Scheu, gesellschaftliche Probleme zu personalisieren. Der Münchener Lokalteil der liberalen Süddeutsche Zeitung hat sie sich unter dem Titel: „Die Schrillen und die Stillen“ angeschaut. Sie hat am 9. Oktober 2013 die stillen Münchener Milliardäre ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt, darunter die 10-Milliardärin Susanne Klatten mit Quandt-Familie, Baron von Fink, den 2,7-Milliarden-Burda. Im Gegensatz zu den kleineren Formaten unter einer Milliarde, den schrillen Millionären, scheuen die Giga-Strippen-Zieher das Strippen auf Münchner Glamor - Partys. Sie scheuen das Licht der Öffentlichkeit, als blendete sie das Licht der Öffentlichkeit, als schämten sie sich ihrer Milliarden. Als die Süddeutsche Zeitung die „stille Klatten“ beschrieb, war ihr 700-Tausend-Scheck an die CDU schon unterwegs. Saudumm ist die Koinzidenz der Parteispende mit den EU-Erleichterungen für die großen, spritfressenden Luxus-BMW-Schlitten gelaufen. Viel Lärm um eine lächerliche Summe im Vergleich zu 10 Milliarden, schreibt der mit einem Journalistenpreis geehrte Chefredakteur Prantl in der SZ. Auch ohne den Scheck hätte die

Regierung den Klimaschutz zugunsten deutscher Industriepolitik zurück gestellt. Regierung und Kapital sind eins, da hätte es einer besonderen Aufmunterung nicht bedurft. Aber Danke sehr! Skandalöser ist etwas anderes:

Merkel nimmt das schmutzige Geld der Klatten

Die Hauptaktionärin Klatten mit ihrer Familie haben schon früher für die CDU Schecks unterschrieben, ohne Lärm. Die Milliarden-Akkumulation hat ihren Ausgang aus dem Kapitalfundus genommen, das zehntausende von KZ-Häftlingen und Fremdarbeitern während des Krieges erarbeitet haben. Das KZ Dachau betrieb für BMW ein Außenlager in Allach. Zehntausende von Fremdarbeiter und einige noch lebende Juden hausten unter unmenschlichen Bedingungen in KZ-ähnlichen Lagern im Münchener Stadtteil Milbertshofen und schraubten unter dem Terror ihrer Wachmannschaften - wobei sich die deutschen Vorarbeiter oft schlimmer verhielten als die SS – Flugzeugmotoren für BMW und Hitler zusammen. Das Geld der Klatten ist schmutzig, das auch nicht sauberer wird durch eine Wäsche nach Mafia-Art. Die CDU-Vorsitzende machte ihre Hände schmutzig, als sie es entgegen nahm. Wo bleibt ein deutscher Staatsanwalt, der wie Antonio Pietro gegen die ehrenwerte Gesellschaft nach dem Grundsatz: „mani polite“ vorgeht?

Jetzt steht die Frau wieder im Scheinwerferlicht, was sie immer vermeiden wollte. Das Licht der Macht wirft große Schatten. Frau Klatten treibt die Angst um, sie könnte das Schicksal eines Hugo Stinnes aus der Weimarer Republik erleiden, dessen düstere Fratze ein George Grosz zeichnerisch bloßgestellt hat. Ihre Angst ist unbegründet. Die momentane Aufregung in der Presse wird sich rasch wieder legen. Eine andere Frage stellt sich. Es stellt sich die Frage an die heutigen „Kulturträger“: Wo seid ihr, die zu Zeiten Willi Brandts das künstlerische und intellektuelle „Gewissen der Nation“ darstellten, die Frau Klatten heute als die weibliche Wiedergeburt eines Hugo Stinnes abzeichnen könnten? Wo ist die linke politische Kraft, die an den Milliardärinnen das abstrakt Versteckte des Kapitalismus für die Menge greifbar macht? Man muss nicht gleich zu den deutlichen Worten von Lenin greifen, der nach einem Zitat von Milo Rau die unentschlossenen Intellektuellen als die „Kacke der Nation“ benannte (5).

Das Unwort

Kapitalismus? - Was für ein hässliches Wort. Aber warum nur? Warum hat es der Kapitalismus seit seiner Existenz nicht geschafft, sich öffentlich ohne Wenn und Aber zu sich zu bekennen, bei all den Erfolgen, die ihm nachgesagt werden? Warum könnte das Unwort die Idylle in Mutti Merkels Schoß stören? Irgendwo ist da noch in den Köpfen eine Ahnung von Krise, von Ungewissheit über die eigene Zukunft, die Rente, den Arbeitsplatz – eine unterschwellige Angst, die tabuisiert wird. Aus Rücksicht auf das Tabu kam „der Kapitalismus“ im Wahlkampf selbst bei den Linken kaum vor. Schamhaft wurde er mit „sozialer Ungerechtigkeit“ umschrieben. Ein christlich-sozialdemokratisches Wort. Seit Karl Marx wissen wir: Der Kapitalismus produziert „soziale Ungerechtigkeit“. Sie ist sein Lebenselixier und kann nachträglich mit staatlicher Umverteilung nicht repariert werden, weil der Kapitalismus den Staat okkupiert hat, und die Zunahme von prekären Arbeitsplätzen ein Gesetz dieser Wirtschaftsordnung ist. Anstatt den Bewegern von Ungerechtigkeit offen anzusprechen, redet man um den heißen Brei und proklamiert vergebens, dass Arbeit sich wieder lohnen soll. Der Kapitalismus maskiert sich, um im Verborgenen umso stärker zu wirken.

Die FDP ist tot – die kapitalistischen Vertreter anderer Parteien leben

Die Leisetreterei des Kapitalismus hat seinen Sinn. „Die FDP schleicht von dannen“, schreibt Stefan Braun in der SZ (6). Keine einzige Partei stand so im Ruf, das Flaggschiff des Neoliberalismus zu sein, wie die FDP. Mit der Reduktion ihres Erbes eines Adam Smith, eines Friedrich Naumanns und Werner Maihofer auf den Wirtschaftsliberalismus eines Friedrich Hayek,

Milton Friedmann und Guido Westerwelle, bekannte sie sich zum Kapitalismus pur. Das hatte seine ehrliche Logik- wenigstens eine Partei, die den Kapitalismus beim Namen nannte. Dies wurde aber wegen seinem krisenhaften Ruf durch die Wähler nicht honoriert. Auch die Wirtschaft ließ sie im Regen stehen, als ginge ihr das Schicksal ihres lautesten Fürsprechers nichts an. Schlimmer noch: Den Gewerkschaften ist ihr bequemer, weil kleiner Watschenmann abhanden gekommen. In Zukunft werden sie nach einem politischen Ersatz Ausschau halten müssen. Die Union wäre die richtige Adresse als ideologischer Vertreter des Kapitals. Aber sie ist zu groß für Alibi-Spielchen wie es bisher die FDP bot. Die Häme ist groß: Der Lohn der bösen Tat. Die Arbeitsagentur sollte den arbeitslos gewordenen eine FDP-Auffanggesellschaft anbieten, z.B. dem bayerischen Wirtschaftsminister Zeil, der Tausenden von Quelle-Frauen im Regen stehen ließ. Die Liquidatoren haben das Wort. Die schwarzen Dienstwagen müssen zurück gegeben werden.

Die Funktionspartei des Kapitals verliert ihre Funktion, wenn das Kapital allgegenwärtig ist. Sie hat ihre Aufgabe erledigt, man braucht sie nicht mehr. Niemand kommt auf die Idee, dass mit dem Wegfall seines dezidierten Sprachrohrs der Neoliberalismus erledigt sei. Auch der nach 16 Jahren als Arbeitgeberpräsident ausscheidende Dieter Hundt weint der FDP keine Träne nach und plädiert für die Große Koalition. In der CDU/CSU und SPD weiß er die Kapitalinteressen am besten aufgehoben. Das Kapital bringt sich in eine komfortable Funktion. Mit der Eroberung des Staates ist er nicht von dem Schicksal einer windigen Kleinpartei abhängig. Aber in Zukunft wird das Versteckspiel schwieriger werden. Die Lage klärt sich. Für die CDU, CSU, SPD heißt es: „Verantwortung tragen“ - für das Kapital, für alle sichtbar des Kaisers neue Kleider tragen.

Vermummen, verkleiden, maskieren, verschleiern, verdummen

Shades of Grey, der Graue Schatten der britischen Autorin E. A. James schwächelt auf der Frankfurter Buchmesse. Ihre erotischen Romane haben als Bestseller ausgedient, spannender wäre ein Sachbuch: USA-Bankrott, Euro-, China-, BRIC- Krise, Tod des Kapitalismus. Bisher hat es der Kapitalismus verstanden, in einer Grauzone von Vermummung, Verkleidung, Verschleierung versteckt, zu überleben. Die Krise reißt ihm die Tarnkappe hinweg. Es müssen sich nur genügend Leute finden, die seine Nacktheit in Worten fassen. Milo Raus Buch „Was tun?“, ist ein Beitrag dazu (7).

Die Maskierung des Kapitalismus ist notwendig, damit seine Opfer den Schmerz aushalten können, der er ihnen verursacht. In Jean Cocteaus filmischer Adaption des französischen Volksmärchens, „Die Schöne und das Biest“, verliebt sich die Jungfrau in das Biest. Ihre Liebe erlöst das Biest von sich selbst. Das Biest will durch Liebe erlöst werden, weil es an sich leidet. Jeder will geliebt werden, auch der Kapitalismus in der Person der Frau Klatten. Deshalb schlüpft er in verschiedene Tarnungen, die es ihm erlauben, verschiedene Rollen zu spielen, ohne gleich als Bestie aufzufliegen. Was haben Edgar Reitz, der Regisseur, mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer gemeinsam? Es ist das schöne deutsche Wort „Heimat“, das so schwer in andere Sprachen zu übersetzen ist, weil es einen bestimmten Gemütszustand beschreibt, der den Deutschen eigentümlich sein soll. Das englische Wort „home“ steht für Haus, „domestic“ steht irgendwo zwischen „häuslich und innenpolitisch“. Die Fernseh-Chronologie von Reitz: „Heimat – eine deutsche Chronik“ will dem Unbehausten der deutschen Geschichte des XX. Jahrhunderts einen Rückzugsort bieten, den die „Heimatfront“ des 2. Weltkrieges nicht bot. Den Fernseh-Konsumenten wäre das nackte Grauen, das der militante Kapitalismus intonierte, nicht vermittelbar gewesen. Unter seiner Tarnkappe „Heimat“, mit dem Versprechen auf Geborgenheit und letzten Trost schon.

Der Herz-Jesus-Sozialist Horst Seehofer will mit der Gründung seines „Heimatministeriums“ dem kalten Kapitalismus ein wenig seinen Schrecken nehmen und ein wenig dem Skandal der ungleichen Lebensbedingungen in Bayern zwischen dem entvölkerten Hof, dem armen Nürnberg

einerseits und der Boom-Town München andererseits seine Spitze nehmen, wofür er verantwortlich zeichnet. Globaler Kapitalismus macht Angst, Heimat hingegen ist eng, überschaubar, vermittelt Wärme. Wenn große Geschichte in das Heimatliche einbricht, kann sie in viele häusliche Geschichten gebrochen werden, und das Gesellschaftspolitische sich in familiäre Anekdoten verwandeln. Nürnberg hat das seit der Pleite weitgehende leerstehende Quelle-Haus als Quartier des neuen Ministeriums ins Gespräch gebracht. Sein Chef Söder wehrt mit Entsetzen diese Vorstellung ab. Sich in einem Symbol der Pleite breit zu machen, würde dem Ministerium seinen heimatlichen Zauber nehmen. Warten wir noch ein Weilchen. Warten wir, was der USA-Bankrott so mit sich bringt. Dann hilft keine Tünche mehr und keine verfälschende Symbolik. Dann ist die Stunde der Wahrheit gekommen.

Wichtige Termine für internationale linke Kampagnen

Der drohende Bankrott der USA schwebt als Damokles weiterhin über dem Kapitalismus. Der



Vertrag zwischen Demokraten und Republikanern eine Stunde vor dem Eintritt der Pleite hat einen Termin für die nächsten Monate gesetzt. Ein Haushaltsausschuss soll bis zu Beginn 2014 verhandeln, wie das Schuldendilemma strukturell gelöst werden soll. Die internationale Begleitung wird sehr intensiv sein, weil es um die Zukunft der globalen Ordnung gehen wird. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass sich die Diskussion weitgehend in dem alten Muster erschöpfen wird: hier Keynes (Obama, viele EU-Länder) dort

neoliberale Ordnung (Tea-Party, Merkel, usw.). Das generelle Unbehagen am Kapitalismus wird aber ansteigen. Diesem wachsenden Unbehagen ein Sprachrohr zu sein und in antikapitalistischen Diskursen und Kampagnen Alternativen aufzuzeigen, können nur die Linken. Dafür sind sie da.

Literatur

1. Jeremy Scahill: Schmutzige Kriege, Kunstmann Verlag, 2013
2. scharf-links, 23.09.13
3. Heike Langenberg und Henrik Müller, ver.di. Publik 06
4. SZ 7. Oktober 2013
4. Michel Serres: Erfindet euch neu! Berlin, 2013
5. SZ 15. Oktober 2013: Lenin, Punk und die postmoderne Vernunft
6. 8. Oktober 2013
7. Milo Rau, Was tun? Zürich, Berlin, 2013

Gerd Elvers, Oberhausen, den 18. Oktober 2013

